

Epitaph

1924-1981

Familie Stellbogen:

Krieg gegen Kinder

Abrichtung

von

Tätern und Opfern -

Herrn und Sklaven.

Total geschützt

durch

Gesetzgebung und Staatsgewalt.

In Anbetracht der Toten und Lebenden

bestätigen Ausnahmen jede Regel.

Ihr, die hier vorübergehen, seid wachsam:

Es geschieht jederzeit und kann jederzeit

wieder geschehen.

Diese Entscheidung ist immer möglich:

Die Würde des Menschen ist Unantastbar.

Mein Name ist Peter Ruzsicska, ich bin u. a. Ex-Insasse des Kinderheims-Wimmersdorf bei Asperhofen in Niederösterreich. Ich war von Ende 1970 bis Mitte 1974 Gast in diesem „Pensionat“, wie diese Anstalt von deren Direktorin Margarete Stellbogen beschönigend bezeichnet wurde.

Abgesehen vom Erhalt der Einmalzahlungen ohne Rechtsanspruch im Jahre 2011 durch den Weissen Ring, sind meine Rechte und die vieler Ex-Insassen z. B. dieser Anstalt noch lange nicht hergestellt. Nicht einmal zwei Prozent der Betroffenen wurden durch die div. Kommissionen abgearbeitet.

- Der Krieg gegen Kinder erstreckt sich also bis in die Gegenwart.

Dieser Krieg gegen Kinder wurde und wird naturgemäß mittels gnadenloser Steuerzahlerbelastung umgesetzt:

Zur Einleitung einige Rechenbeispiele aus meiner Mündelakte: (1 EURO = 13,76 ÖS)

Die Inflation habe ich dabei nicht berücksichtigt, da die Unterschiede der Kaufkraft von damals und heute sehr leicht mit dem monatl. Nettoverdienst, der Lehrlingsentschädigung und den Wohnungs-, Lebensmittelpreisen etc. verglichen werden können...

I) Gemäß der Mitteilung des Bezirksjugendamtes Wien 3 an meine Mutter, vom 03.11.1970 betrogen meine Verpflegskosten täglich ÖS 160.- (EURO 11,63), das sind bei 30 Tagen monatlich ÖS 4800.- (EURO 348,83), ÖS 57.600.- (EURO 4185,96) jährlich. Der Nettolohn meiner Mutter betrug damals monatlich ÖS 2950.- (EURO 214,38).

II) Brief des Bezirksjugendamtes Wien 3 an das Finanzamt für Wien 3 und 11, am 05. August 1977:

In Beantwortung der do. (dortigen) Anfrage teilt das gef. (gefertigte) Amt mit, daß die Heimkosten für den Mj. (Minderjährigen) Ruzsicska Peter im Heim Zohmannngasse 28 monatlich 3000.- Schilling betragen.

Das entspricht einem Tagessatz von ÖS 100,-. Das sind monatlich öS 3000.- (EURO 218,02), jährlich ÖS 36.000.- (EURO 2616,22). Meine Lehrlingsentschädigung betrug damals monatlich ca. öS 1200.- (EURO 87,21).

Bezüglich der tatsächlich geleisteten Tagessätze an das Kinderheim Wimmersdorf ergeben sich bei der Durchsicht meiner Heimakten noch weitere Widersprüche, deren Darstellung den Rahmen dieses Vortrags sprengen würde...

Betrachtet man z. B. das Kinderheim Wimmersdorf im Zeitraum von 1962 bis 1981 mit einer durchschnittlichen Belegung von 90 Kindern bei Berücksichtigung eines durchschnittlichen Tagessatzes von öS 170.- ergibt das eine Steuerzahlerbelastung von öS 104,47.- Millionen. (EURO 7,6 Millionen) – (Quelle Helmut Nigg, Tagessatz öS 170.- aus einem Schreiben der Niederösterreichischen Jugendwohlfahrt aus dem Jahre 1979: VIII/2-H-946/45-1979).

Die heutigen Tagessätze der Jugendwohlfahrt betragen mindestens EURO 150.- pro Tag (ÖS 2.064,05).

(Quelle: Parlament, vom 20.12.2012, Bundesrat Efgani Dönmez, Die Grünen, Oberösterreich)

Derzeit werden von Seiten der MA-11 (Jugendwohlfahrt Wien) die Tagessätze mit EURO 80.- (öS 1100,82) angegeben (Quelle: Gespräch von Michael Köck mit Werner Meyer von der MA-11, am 13.02.2014). – Wer's glaubt, wird seelig...

Des Weiteren:

Punkt 1) Das Kinderheim-Wimmersdorf war bis zum Jahre 1965 illegal als Kinderheim geführt. 1965 stellte das Land NÖ eine Persilschein Betriebsgenehmigung aus. Die Konzession aus dem Jahre 1925 war die für ein Kindererholungsheim, was heißt, daß die Kinder zur Erholung nach einer Krankheit maximal für vier Wochen aufgenommen werden durften.

Die täglichen Verpflegskosten von durchschnittlich ÖS 160.- je Kind betragen also bei einhundert Kindern ÖS 16.000.-, das sind monatlich ÖS 480.000.-, also jährlich ÖS 5.760.000.- (EURO 418.595,52).

Es wurden die Räumlichkeiten für den Betrieb der Heimschule in Wimmersdorf von der MA-56 (Der Wiener Schulbehörde) angemietet, welche naturgemäß extra zu den Verpflegskosten verrechnet wurden -

Ein nützlicher Zuverdienst inklusive sozialstaatlicher Vorzüge österreichischer Sozialdemokratie für die Capoelite unserer redlichen Peinigergemeinde...

Detail am Rande: Die drei Unterrichtsräumlichkeiten mit angrenzenden Schlafsälen wurden auch als Aufenthaltsräume außerhalb des Schulunterrichts genutzt, wo auch diverse Folterpraktiken durchgeführt wurden, um uns zu ordentlichen und arbeitssamen Staatsbürgern zu erziehen. Allerdings befanden sich im angrenzenden Neubau zwei Räumlichkeiten, welche fast ausschließlich für den Schulbetrieb genutzt wurden.

Unsere Heimleiterin Frau Margarete Stellbogen konnte 1981 bei Schließung des Kinderheims Wimmersdorf keine Abfertigungen bezahlen – Seltsam, wenn man bedenkt, daß ein Kind großzügigst geschätzt, höchstens ÖS 50.- je Tag vor Ort kostete (das wären ca. ÖS 2Millionen jährlich), allerdings ohne Personalkosten, welche ich mir nun gestatte für sechs Erzieherinnen plus Küchen- und Hauspersonal großzügigst mit ÖS 760.000,- zu veranschlagen. Weiters seien noch sonstige Ausgaben u. a. für Gemeindeabgaben und Instandhaltungen großzügigst mit ÖS 500.000.- gemutmasst. Also bleiben insgesamt ca. ÖS 2,5Millionen übrig.

Zumindest zwei Fragen drängen sich auf:

A) Wieviel wurde davon in ein eingetragenes Fuhrwerksunternehmen von Frau Stellbogen versteuert?

Nach Emailauskunft der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten, vom 23.08.2013, handelt es sich hierbei um ein Mietwagengewerbe unter Verwendung eines Personenkraftwagens bis zu 8 Sitzplätzen, welches Frau Margarete Stellbogen vom 22.9.1955-5.11.1982 besaß.

Vorher besaß ihr Ehegatte Alfred Stellbogen, welcher 1952 starb, drei Gewerbeberechtigungen:

- 1) Seit 1925-1951 Bereithalten eines Automobils für den Personentransport zu jedermanns Gebrauch,
- 2) Seit 1941-1945 Mietwagenverkehr,
- 3) Seit 1924-1951 Lohnfuhrwerksgewerbe mittels Automobil

Interessant, daß der Betrieb und Versteuerung eines Kinderheims mittels Mietwagengewerbe erfolgen konnte...

B) Wo ist das restliche Geld - abzüglich div. Steuern, also mindestens jährlich ÖS 1,5 Millionen verschwunden?

Siehe: <http://kommissionsbericht-wimmersdorf.blogspot.co.at/>

Wegen des Datenschutzes ist uns derzeit beim zuständigen Finanzamt die Einsicht in die steuerliche Finanzgebarung des Kinderheims Wimmersdorf naturgemäß nicht möglich...

Dieser Wirtschaftsfaktor auf Kosten unzähliger Kinderschicksale wirkt sich, wie seit Jahrhunderten üblich und zumindest der Wissenschaft seit ca. einhundert Jahren nicht unbekannt, besonders auch auf Waisenkinder aus. –

Dazu drei Beispiele:

1) Der Vollwaise Helmut Nigg, dessen Prozess gegen Familie Stellbogen in sein 32tes Verhandlungsjahr schreitet, erhielt von 1972-1980 eine Waisenrente plus Ausgleichszulage von der Pensionsversicherungsanstalt, welche monatlich direkt an die MA-11 (Jugendwohlfahrt) überwiesen wurde. Der Gesamtbetrag über diesen Zeitraum betrug ca. ÖS 90.000.-. Im März 1980 wurde ihm ÖS 9959,50 auf ein Sparbuch der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien überwiesen - die sogenannte Ansparung der Waisenrente.

Gemäß eines Schreibens der Pensionsversicherungsanstalt wurde das restliche Geld für die Unterbringung in div. Heimen verwendet. Innerhalb seiner Lehrzeit von 1976-1980 wurde halbjährlich die Summe von ÖS 1500.- an seinen Lehrherrn überwiesen (sic!!!). – Ich interpretiere das schlicht als staatlich subventionierte Sklaverei.

2) Der Halbweise Horst Stangl bekam bei Volljährigkeit gleich gar keine Auszahlung – Sein behinderter Vater wurde bis zu seinem Tode monatlich gepfändet, inklusive sämtlicher Sonderzahlungen.

3) Der Halbweise Gustav Czapka mußte die Zahlungen seiner Eltern übernehmen – Seine Mutter konnte aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit die Heimkosten nicht bezahlen, also mußte sie ein paar Monate einen Gefängnisaufenthalt über sich ergehen lassen. Ein Erzieher des Lehrlingsheims Hadersdorf-Weidlingau - wo Gustav Czapka damals betreut wurde - eröffnete ihm, daß seine gesamte Lehrlingsentschädigung einbehalten werden müsse, da seine Eltern die Unterbringungsleistungen nicht leisten konnten – deshalb sei auch kein Geld für einen Schikurs verfügbar.

Punkt 2) Jetzt und Heute boykottiert das Bundessozialamt die ordentliche Behandlung unserer Anliegen im Rahmen des bereits novellierten Verbrechenopfergesetzes – Das Bundessozialamt versucht betont, die an uns begangenen Verbrechenursachen möglichst nicht in den Heimvergangenheiten zu suchen. Hauptsächlich das schlechte Elternhaus der Ex-Insassen und u. a. auch deren vorgeburtliche Verfassung, dienen dabei als Ausrede.

Aus einer Stellungnahme zur Novellierung des Verbrechenopfergesetzes seitens der Volksanwaltschaft vom 11.12.2012 sei zitiert:

„...Die VA forderte deshalb schon in der Vergangenheit, dass den Opfern ein kostenloser Rechtsbeistand gewährt oder ihnen wenigstens ein Teil (der) entstandenen Prozesskosten ersetzt wird. Eine zumindest teilweise Übernahme der Prozesskosten ist im aktuellen Entwurf zur Änderung des Verbrechenopfergesetzes leider wieder nicht vorgesehen...“

Es sei angemerkt, daß z. B. der Weisse Ring uns überhaupt keine Rechtsberatung gegeben hat. Zusätzlich wies er uns betont im Chor mit dessen Präsidenten Dr. Jesionek darauf hin, daß alles hoffnungslos verjährt sei...

Ich zitiere weiters die Volksanwaltschaft: „...Nationale Härtefälle sind nach Ansicht der VA alle Minderjährigen, die nach 1945 in staatlichen Einrichtungen oder auf Grund von Versäumnissen staatlicher Aufsicht zu Opfer von Gewalt und/oder Missbrauch wurden...“

„...Insbesondere die Geltendmachung von Ansprüchen auf Ersatz des Verdienstentganges erweist sich nach den derzeit gültigen Bestimmungen des VOG als schwierig. Nur ca. 5% (fünf Prozent) der Betroffenen hätten nach Ansicht von Experten eine realistische Chance, dass ihren Anträgen stattgegeben werde...“

Dazu sei weiters angemerkt, daß von Seiten des Bundessozialamtes Wien derzeit behauptet wird, ca. 15% der Antragsteller seien mit ihren Anträgen erfolgreich...

Die Volksanwaltschaft weiter:

„...Die VA schlägt daher vor, eine Prüfung nach dem Vorbild der Opferschutzkommission der Länder und der „Klasnic-Kommission“ einzuführen.“

Zur Klasnic-Kommission sei hier aus Zeitgründen bloß angemerkt, daß es sich bei dieser Kommission eher um eine Täterschutzkommission handelt - Details dazu sind auf unseren div. Blogs umfangreich dargestellt...

Die Volksanwaltschaft weiter:

„Wenn ein Nachweis für die Heimunterbringung und die Traumatisierung der Missbrauchsoffer erbracht wird, sollte dies die Grundlage für die Gewährung eines Ersatzes für den Verdienstentgang genügen...“

...Für Opfer, die als Minderjährige in Heimen Gewalt und Missbrauch ausgesetzt waren, sollte eine Härtefallklausel eingeführt werden, die den Betroffenen Pensionsansprüche gewährt. Voraussetzung sollte nur der Nachweis der Unterbringung in einem Heim und die, durch physische, psychische oder sexuelle Gewalt ausgelöste Traumatisierung der Betroffenen sein...“

Das durch die Volksanwaltschaft dargestellte scheint aber das Bundessozialamt bis nun nicht sonderlich zu interessieren...

Punkt 3) Unsere Strafanzeigen werden durch die Staatsanwaltschaften zumeist mit fadenscheinigsten Begründungen und auch wegen Verjährung eingestellt. – Die fundamentalen Menschenrechte hier zu Lande aber, sind gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention seit 1964, seit fünfzig Jahren (sic!!!), im Verfassungsrang. – Also gibt es seit dem keine Verjährung jedweder Grundrechte!!!

Die meisten Insassen der Anstalten waren der Folter und Sklaverei in Tateinheit ausgeliefert, welche klare Offizialdelikte darstellen (Offizialdelikt heißt, daß die Strafverfolgungsbehörden schon bei Kenntniserlangung von

sich aus tätig werden müssen). Die Gesetzgebung, die Jurisprudenz und die Rechtsanwalts Gilde scheint das bis heute naturgemäß auch nicht besonders zu interessieren...

Zur Verjährungsproblematik noch einige Ausführungen:

Zuvor sei noch kurz eine klare Definition der Menschenwürde dargestellt:

Meine Freiheit endet dort, wo deine Freiheit beginnt. – Und genau daraus folgen die Menschenrechte.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ist seit 1958 von Österreich unterzeichnet und befindet sich seit 1964 im Verfassungsrang.

Verfassungsrang bedeutet im Klartext, daß die gesamte Gesetzgebung ausnahmslos der Verfassung unterstellt ist UND sämtliche nationalen Gesetze der Menschenrechtskonvention untergeordnet sind - Dadurch sind auch sämtliche nationalen Gesetzestexte null und nichtig, welche der Verwirklichung des fundamentalen Menschenrechts entgegenwirken bzw. letzteres auch nur relativieren.

In sämtlichen Artikeln der EMRK gibt es außerdem keinen Text, welcher z. B. mittels Verjährung die fundamentalen Menschenrechte ausser Kraft setzt, sowie letztere relativiert.

Z. B. die Gesetzgebung, die Exekutive, sowie Staatsanwaltschaften mögen zeigen, wo z. B. in den Artikeln, welche Folter und Sklaverei thematisieren, Verjährungseinschränkungen diese Artikel außer Kraft setzen bzw. auch nur relativieren.

Folgendes ist nicht hinnehmbar:

Die derzeitige Handhabung von z. B. Verjährung gemäß vorausgehender Gesetzgebung, welche auch noch unsere gültige Verfassung ignoriert, stellt sich z. B. für mich als ein eindeutiges Menschenrechtsverbrechen dar und zwar mit der Gesetzgebung selbst.

Tatsächlich ist es in der Praxis so, daß in unserer nationalen Gesetzgebung verschiedenste Gesetze nicht der Verfassung gemäß EMRK angepasst sind – Das z. B. scheint dem Laien gegenüber als Ausrede zu dienen, die Verfassung in der ihr untergeordneten Gesetzgebung nicht zu berücksichtigen – Genau das ist aber klare Täuschung des Bürgers, welches z. B. für meine Person absolut nicht hinnehmbar ist.

Dieses Fundamentalverbrechen wider jedwederliches Menschenrecht stellt sich letztlich unmissverständlich als Krieg gegen die Zivilbevölkerung dar - wie bereits ausgeführt - mittels der Gesetzgebung selbst.

Hier stellt sich schlicht und in Stein gemeißelt die grundsätzliche Frage:

Will die Gesetzgebung, die Politik und ihre weisungsabhängigen Staatsanwaltschaften an der Verwirklichung des Holocausts 2.0 sorgsamst und in aller Nutzdienlichkeit weiterhin mitwirken, oder bequemen sich letztere verfassungsgemäß zu Handeln?

Zitat des Staatstheoretikers Montesquieu, welcher auch als einer der Begründer der Soziologie gilt (1689-1755):
„Es gibt keine grausamere Tyrannei als die, welche unter dem Deckmantel der Gesetze und mit dem Schein der Gerechtigkeit ausgeübt wird; denn das heißt sozusagen Unglückliche auf der Planke ertränken, auf die sie sich gerettet haben.“

Schindpsalm I

Zerbraucht Euch
rücksichtslos
zum Fruchtgenuß
Eurer Dienstherrn
Ihr habt die Wahl:
Versenkt
Eure ausgespieenen Stimmen
in stumme Urnen
ohnmächtigster
Finsternis
bebend
lüsternster Dankbarkeit
Euch ewig
zu zerschulden

Zerwüstet Euer Hirn
hinab in die totale Einheit
inbrünstigsten
Gehorsams
Eurer Karzer
selbst gewählter Pflichtgier.
Verrottet gütigst
auf Euren Kreuzwegen
dankbarster Hingabe -
Hallelujah

Angst sei Euch Erfüllung
aller Sehnsucht
Verzicht sei Euch Verzückung
Vergessen sei Euch Gnade
Und -
liebet Eure Schmerzen,
vor allem,
Eure Peiniger -
Zerschindet dankbarst
Euren Nächsten
als Euch selbst

Ihr Herrscher des Volkes
so Ihr Euch nennt:
Das herrschende Volk

Schindpsalm II

Giert der Armut
Frönt der Reichheit
Zerbetet Euer Hirn
zum Friedhofsrieden.
Liebt Eure Peiniger
mit kindlicher Hingabe
inniglichst
und redet darüber -
hart des Stolzes
schindrünstigster Dankbarkeit
hinab
in völlige Selbstzerschmerzung.
Dient
vorausseilendst
rücksichtslos
Euren Nießbrauchenden
dumpf in alle Düsterteit
bis
zur prächtigen Verzückung
im Augenblick Eures Todes.
Danach
lebt gefälligst ewig.
Vorher aber
wagt es nicht
zu vergessen,
Euren
gütigst besachzwungenen Peinigern
pflichtgetreu zu verzeihen,
denn
sie erfüllten und erfüllen
immer
ihre gute fromme Pflicht:
Die Edlen zu bedingen
mittels Ausbrauch der Geringen.

Schindpsalm III

Die Geschichte wiederholt sich ständig.
Betulich ruht die Lüge im Schein des Nachtlichts.
Der Morgen lädt zur Arbeit ein -
Sie macht frei
von der Freiheit
freiwilligst
verrecken zu dürfen.
Längst schon
sind unüberhört
die schwarzen Stiefel
in die Gehörgänge eingetreten -
In diesen spiegeln sich
die gesichtslosen Mäuler der Präfektur,
sowie die haßerfüllte Ohnmacht ihrer Obniedrigten.
Die Mod´ ändert sich gütig und scheinbar -
Auch letztere lacht mit lüsterner Absicht
in den zerabschätzenden Siegestaumel
besachzwungener Beitragsschlächter
hinein in den Alltag
ihrer Beschundenen und Selbstzerschinder.
Die Kombattanten erwarten den ersten Stein -
Alle erwarten die Ruhe
nach der Schlacht
als wär´s totaler Frieden.

Und nun um Thema Zwangsarbeit und Zwangsbeschäftigung hier und heute.
Zunächst mögen zwei Zitate dieses Szenario kurz darstellen:

Zitat 1 der Soziologin Marianne Gronemeyer:
„Ich brauche dich nicht, aber ich will dich ganz.“

Zitat 2, welches vermutlich von dem Dichter Johann Wolfgang v. Goethe stammt:
Es sind am hoffnungslosesten verklagt, die sich frei wännen.

Im Zusammenhang von jedweder Erwerbsarbeit und deren zeitgenössischer Verwaltung samt Gesetzeslage wird die Frage nach der Unantastbarkeit der Menschenwürde (über)lebensnotwendig - nicht nur für unsere Zivilisation. Daher sei schlicht auf die Menschenrechte verwiesen, um welche sich der Untertan bei Zeiten selbst kümmern sollte, will er nicht ein solcher bleiben und/oder mangels letzterer stark komfortgemindert verrecken...

Die Dokumentation von Christian Moser, dem Betreiber der Internetplattform <http://www.soned.at/> über die sozialen Auswirkungen verwalteter Erwerbsarbeit (= zeitgenössische Zwangsarbeit bzw. Zwangsbeschäftigung) unterstreicht z. B. diese Notwendigkeit in aller Deutlichkeit:

Zitat von Christian Moser (im September 2013):

"Es kommt mir oft so vor, als dass alle Menschen unserer Gesellschaft in Abhängigkeiten gehalten werden bzw. einem Zwang ausgesetzt sind, der es Einzelnen gar nicht zulässt Moral und Ethik auf höchstem Niveau zu leben."

Außerdem werden gegenwärtig eine unbekannte Anzahl ehemaliger Heiminsassen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung (AMS), der sog. "Sozialhilfe" und der euphemistisch bezeichneten "Bedarfsorientierten Mindestsicherung", welche als die österreichische Abart von Hartz IV in Deutschland zu verstehen ist, mittels verfassungs- und menschenrechtsbrechender Sperrpraxis von Hunger und Obdachlosigkeit, sowie den Verlust der Krankenversicherung, ständig bedroht. Siehe Details auch auf der Internetseite von Christian Moser: <http://www.soned.at/>

Wie bereits erwähnt:

Diejenigen, welche sich bei den div. Heim-Kommissionen meldeten und durch sie verarbeitet wurden, stellen nicht einmal zwei Prozent der tatsächlich Betroffenen dar, von vorsichtigst kolportierten einhunderttausend von 1945 bis 1990. Tatsächlich sind es viel mehr in Österreich. Es gibt ferner keine Statistik, über die Anzahl der Todesopfer in diesem Zusammenhang. Eine unbekannte Anzahl von ehemaligen Heiminsassen befinden sich derzeit z. B. in div. Haftanstalten und Psychiatrien.

Besonders in diesem Szenario werden alleinerziehende Personen mit Betreuungspflichten zusätzlich von der MA-11 (der Jugendwohlfahrt) mit Kindeswegnahmen konfrontiert: Siehe Details auch auf der Internetseite von Angelika Schlager: <http://www.kind24.co.at/> Damit werden unterm Strich hauptsächlich wirtschaftliche Interessen gnadenlos bedient. So u. a. sieht die sog. Aufarbeitung des - größten Skandals der Zweiten Republik - aus.

Nun mein AMS-Gedicht:

Der Gute Mensch

Ein guter Mensch ist
nutzfromm
und
sterblich.

Eingeschreint im Allerniedrigsten.
Tiefniederhaft
geringst verfüglcht.
Schlußselbig
ausbrauchgut vermaßnahmt.
Letztgütig
schindgewahr im Abdienst sich zerpflichtend.

Das ist der gute Mensch!

Entrechtung - Enteignung - Versklavung - Vernichtung

- Gewandete in eine moderne Art des Krieges gegen die Zivilbevölkerung, welcher mittels einfacher Logik und nutzdienlicher Logistik nachhaltig unter freiwilliger Mitwirkung der gegeneinandergehetzten Zivilbevölkerungsgruppen (= Wettbewerb) durchgeführt wird. Hartz IV in Deutschland, sowie bedarfsorientierte Mindestsicherung hier zu Lande, sind Waffengattungen, den Krieg von "denen da oben" unter Mithilfe von "jenen dazwischen" gegen "die da unten" durchzuführen. Wobei "die dazwischen" ständig in Gefahr sind, zu "denen da unten" entsorgt zu werden. Nichts weiter als eine modische Art von Erfassung, Selektion und Ausmerze - bloß etwas gemächlicher in Richtung des Endsieges von "denen da oben" gegen "die da unten".

Klartext:

Heute versklaven (soll heißen erobern) wir Deutschland und morgen die ganze Welt - Das kommt irgendwie und von irgendwo her bekannt vor.

Historische Ähnlichkeiten sind also nicht zu verleugnen, bloß, daß das heute fast gleichzeitig im gesamten EU-Raum ohne klassisch sichtbar militärische Intervention stattfindet, wie dies unsere Eltern bzw. Großeltern noch eindrucksvoll erleben durften.

Der fromme Bürgersmensch kann sich das Szenario täglich - live - im Mainstream-TV geschönt betrachten, wie ausnahmslos die Bevölkerungen jedes EU-Mitgliedslandes systematisch versklavt und verelendet werden (naturgemäß mit deren Mithilfe selbst), bei gleichzeitig wachsender konsumwütiger Explosion von Militärausgaben, Verwaltungsausgaben bzw. Arbeitsverwaltungsausgaben etc., wobei die exponentielle Schuldenlast des jeweiligen Staates durch ein seit jahrhunderten nicht substantiell hinterfragtes Zinsgeldsystem gewährleistet ist - Qui bono? (= Wem nützt das? - Wer profitiert davon?) Siehe weitere Details z. B. auf der Internetseite des Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Senf: <http://www.berndsenf.de/>

Unser derzeit noch amtierender Sozialminister für zeitgenössisch freiwillige Zwangsarbeit bzw. Zwangsbeschäftigung, verbindet nahtlos Vergangenheit mit Gegenwart.

Dies wird z. B. mittels der Institution AMS (Arbeitsmarktservice) durchgeführt, welches Teil des Zwangsbeschäftigungs- und Zwangsarbeitsindustriellen, sowie des Sozialindustriellen Komplexes ist.

Dieses Herrschaftsinstrumentarium ist naturgemäß nicht bloß in sich selbst, sondern auch mit der EU-Bürokratie und deren sogenannter "Förderungstätigkeit" gewitzt verflochten (Förderung ein anderes Wort für totale Kontrolle) - Zugegeben, sehr praktikabel, um zumindest der Versklavung des gesamten EU-Raums dienlich zu sein...:

Pensionslücke bei Heimkindern, welche im Rahmen ihrer einstigen Bewohlfahrtung - naturgemäß nicht sozialversichert – Zwangsarbeit leisten mußten...

(27.08.2012) <http://oe1.orf.at/artikel/313790>

Zitat - Anfang -

...Anders als der breiten Öffentlichkeit ist den zuständigen Politikern die gesamte Pensionsproblematik längst bekannt. Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) hat vor eineinhalb Jahren einen Brief an das Land Tirol geschrieben, der Ö1 vorliegt: Es sei unbestritten, dass bis in die 90er Jahre in Heimen als Arbeiter oder auch als Lehrlinge beschäftigte Fürsorgezöglinge nicht sozialversichert wurden. Es wäre nachträglich durch eine Gesetzesänderung auch eine beitragsfreie Anrechnung der Pensionsersatzzeiten möglich, so Hundstorfer. Aber er bitte um Verständnis, dass das in Sparzeiten nicht geht.

Zitat - Ende -

Aha, beim Bankenretten wird nicht gespart (=d. h. nicht einmal gekürzt, nämlich alles völlig verprasst!), bei den Heimkindern aber muß gespart (= d. h. vollständig gekürzt) werden....

Zwangsarbeit braucht eine zeitgemäße Definition, und zwar:

Zwangsarbeit ist jede Art von Arbeit und Beschäftigung, die unter existentiellen fremdbestimmten Zwängen getätigt werden MUSS, sei es der Zwang mittels Waffengewalt und/oder der Zwang mittels Gesetzesgewalt, und/oder der politisch korrekte Sachzwang etc.

Die Arbeit selbst, ist eine grundsätzliche Wirkungsweise der Tiere und der Menschen und daher wie z. B. Atmen und Singen, dem Menschen eigentümlich.

Es ist daher schon grundsätzlich problematisch, eine Tätigkeit, welche dem Menschen eigen ist - also Teil seiner Natur ist - durch herrschaftlichen Zwang gesetzlich zu regeln. Einfach so, als würde z. B. die Art und Weise der Atmung gesetzlich hart sanktionierten Pflichten unterstellt.

Das ist und macht krank.

Zwangsarbeit = Zwangsarbeit (= Zwangsbeschäftigung)

Damals wie Heute, völlig gleichgültig wie stark oder schwach, heftig oder mild

Das Prinzip des Zwanges zerstört auf längere Sicht jede Gesellschaft, das sollten immer mehr Menschen verstehen...

Daher eine Grundsätzliche Frage:

Was bedeuten uns die Menschenrechte wirklich?

Unter dem derzeitigen Ehrenschutz der sogenannten politischen "Verantwortung" von "Sozial"minister Hundsdorfer wird zusätzlich die Zwangsarbeit als grundsätzlicher Menschenrechts- und Verfassungsbruch ungeniert mit Hilfe z. B. von BBRZ's (Berufliche Bildungs und Rehabilitationszentren), Sozialökonomischen Betrieben, Caritas, Diakonie, AMS-Kursmaßnahmen und sog. bedarfsorientierter Mindestsicherung inkl. Sanktionspraxis, Leiharbeitsfirmen etc., hier und jetzt gnadenlos fortgeschrieben.

Und zwar ermächtigt durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG), gemäß verschärfter Novellierung von 2007 und damit für den Blick der uninformierten Bevölkerung scheinlegitimiert.

AMS-Chef Herbert Buchinger plegt sich naturgemäß auf die Gesetzeslage auszureden – Offenbar sind ihm Menschenrechte sowie unsere Verfassungslage nicht hinreichend bekannt bzw. völlig gleichgültig...

Nicht nur deshalb beweist letzterer, ein fähiger Feldherr im Krieg gegen die Zivilbevölkerung zu sein...

Derzeitiger Stand des Arbeitslosenversicherungsgesetzes:

<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008407>

Als Nebeneffekt, wird durch Lohndumping im Niedrig- und Niedrigstlohnbereich die Normal- bzw. Realwirtschaft immer mehr unter Druck gesetzt und dadurch längerfristig massivst bedroht.

Diese "sinnvolle Beschäftigungstherapie" wird zur Zeit gemäß massivst verfassungsbrüchlicher Gesetzgebung z. B. durch das AMS in Zusammenarbeit mit sog. Sozialökonomischen Betrieben (SÖB's) u. a. als "Arbeitstraining" zwangsverordnet, durch zusätzliche "freiwillige" Zwangskursmaßnahmen und durch ein massiv-unübersichtliches zwangsfreiwillig zu besuchendes Ausbildungsfirmengeflecht im großen Stil steuerzahlerfinanziert und profitreichst ergänzt. Leiharbeitsfirmen profitieren dabei heftigst und sind auch Teil dieses - naturgemäß von den SteuerzahlerInnen zwangsfinanzierten - Korruptionssumpfes...

Damit werden Menschen nicht nur entrechtet, sondern systematisch zermürbt, sowie durch unmenschliche Bezugssperrepraxis - als massivster offener Menschenrechts- und Verfassungsbruch – profitabelst in existenzielle Not und Verarmung manövriert.

Dieser Krieg gegen die Zivilbevölkerung ist und hat System und ist auch u. a. sehr eindrucksvoll dokumentiert z. B. auf der Internetseite von Christian Moser: <http://www.soned.at/>

Sinngemäß nach Bertolt Brecht:

Die Ursache jedes Verbrechens hat immer zumindest einen Namen und eine Adresse.

Hast Du die Gewalt, Gesetze zu erstellen und jene durchzusetzen,
bestimmst Du, was ein Verbrechen ist.

Es gibt Verbrechen, die ihre Feststellung durch Gesetze nicht benötigen.
Wenn der gute Bürgersmensch Gesetze befolgt, die sein und anderer Leben bedrohen,
offenbart sich das Verbrechen im Augenblick. - Dazu ist kein Gesetz nötig -
Der korrekte Bürgersmensch hat gelernt,
genau in diesem Augenblick wegzusehen, nicht aufzuhören und zu schweigen.
Der Rest ist durch einfache Logik bestimmt und lange kann es dauern bis der Tod eintritt.
Die Frage drängt sich auf: Zu wessen Gunsten?

Gesetze können, gewitzt gesetzt, jede Art von Verbrechen legitimieren.
Das ist der Normalfall, nicht nur hier zu Lande. Nichts weiter, als eine Art des Krieges.

Der Krieg dient immer jenen, die nicht an der Schlacht teilnehmen.
Aber besonders dient der Krieg immer jenen,
welchen letztere bedingen, die nicht an der Schlacht teilnehmen.

Die Pflege und Darstellung des Leidens dient immer der Vertuschung allen Unrechts.
Das Ende allen Leidens ist die Stille nach der Schlacht,
eine Art von Schönheit,
wie ein Ort des Friedens
für Gewinner - und Verlierer,
sofern bei letzteren bereits der Tod eintrat...

Eine Reise in den Winter

In seiner Welt
in der der Mensch
als Täter überlebt
beschinden sich die Kinder um die Wette.

Beschirmt von guten Schuldknechten
sei junges Fleisch zur Lüge auserwählt:
Der Ehrgeiz,
ein Lichtbad im Spiegel der Mächtigen,
verwandelt das Staunen zu Neugier
und bald auch in schlichteste Gier.

Gezüchtigt von pfleglichen Schindern
üben sie lachend für spätere Siege:
Sie loben die Willigen dienlich
und niedern die Dienlichen gütigst!

Schinden und Dulden
im Gleichgewicht des Tathergangs
bedingen die lüsterne Ruhe von Waffenstillständen.

Ein wenig Unterbrechung von Gewalt,
wo Blatt und Wind sich begegnen,
absichtslos umwirkt von lachenden Sonnen,
die bädlich im gütigen Winter ersaufen...

Die Gemeinen reisten immer schon in jenen Winter,
aus dem sie nie zurückkehrten...
Die Edlen bereisen den Winter mit Personal,
auch sie kehren niemals zurück...

Was sollten sie bloß darüber berichten?

Wilhelm Müller
und
Franz Schubert
gewidmet